

Vortragsthema von Dr. Matthias Belafi
im Rahmen der 1. AIES-KFIBS-Nachwuchstagung
„Die Europäische Union im Dauerkrisenmodus? ‚Schicksalswahlen‘ 2017 in
einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der Beginn des EU-Austrittsprozesses
Großbritanniens“ am 17. November 2017 in Wien:

**„Österreichs zukünftige Rolle in der EU:
Die Auswirkungen der Bundespräsidentenwahlen 2016
und der Nationalratswahlen 2017 auf die Europapolitik Österreichs
im Vorfeld der Ratspräsidentenwahl 2018“**

Abstract:

Ausgehend von den **Grundlinien der österreichischen Europapolitik** seit dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) im Jahr 1995 befasst sich der Vortrag im ersten Abschnitt mit den Auswirkungen der Wahlen 2016 und 2017 in Österreich auf die Europapolitik des Landes im Vorfeld der Ratspräsidentenwahl 2018.

Dazu wird im zweiten Abschnitt eine **Analyse der beiden Wahlen** vorgenommen: Im Zuge der Bundespräsidentenwahl 2016 verfolgte nahezu ganz Europa knapp ein Jahr lang aufmerksam und mit Sorge die mögliche Wahl eines „freiheitlichen“ Bundespräsidenten in Österreich. Auch wenn sich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und ihr Kandidat Hofer letztlich knapp dem Grünen Van der Bellen und damit dem proeuropäischen Lager geschlagen geben mussten, galt das Abschneiden der „Freiheitlichen“ kurz nach der Brexit-Entscheidung vom Juni 2016 im Vereinigten Königreich als Signal für den Aufstieg der Rechtspopulisten in Europa. Zudem versinnbildlichte die Stichwahl den Niedergang der beiden Parteien der Großen Koalition und das Ende der Zweiten Republik in Österreich.

Anschließend Personalwechsel bei der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) führten schließlich zu vorgezogenen Parlamentswahlen am 15. Oktober 2017, über deren mögliche Vorverlegung wegen der EU-Ratspräsidentenwahl sowieso bereits diskutiert worden war. Der neue ÖVP-Vorsitzende Kurz, der bereits in der Flüchtlingspolitik einen Politikwechsel in Österreich angestoßen und Österreich damit von der Seite Deutschlands gelöst und sich inhaltlich eher der Position der Osteuropäer angenähert hatte, hat seine Partei für die Neuwahl unter dem Druck der rechtspopulistischen Konkurrenz inhaltlich und organisatorisch neu ausgerichtet und konnte bei der Nationalratswahl 2017 den ersten Platz erringen. Die ÖVP hat daraufhin Koalitionsverhandlungen mit der ebenfalls erstarkten FPÖ aufgenommen. Zweifelsohne ist das gesamte politische Feld in Österreich, einschließlich der Sozialdemokraten, im Zuge der Wahlen nach rechts gerückt, was ganz offensichtlich auch Auswirkungen auf die Europapolitik des Landes hat.

Vor diesem Hintergrund werden nicht nur die Wahlkämpfe und Wahlergebnisse analysiert, sondern im dritten Abschnitt auch die **Auswirkungen der aktuell andauernden Regierungsbildung sowie einer möglichen neuen Koalition auf die europapolitische Positionierung Österreichs** untersucht. Zu den Rahmenbedingungen der österreichischen Europapolitik gehören sowohl die inhaltlichen Positionierungen im Koalitionsvertrag und die Personalentscheidungen bei der Ressortvergabe als auch die Frage, wie sich die Europapolitik der neuen Bundesregierung konkret gestalten wird. Zwar sind vonseiten der EU keine neuen

„Sanktionen“ zu befürchten, wie es im Jahr 2000 bei der „schwarz-blauen“ Regierung Schüssel der Fall war; dennoch ruft die erneute Regierungsbeteiligung der FPÖ, die sich mit verschiedenen Positionen wie nach einem Austritt aus der EU oder mit ihrer inhaltlichen Nähe zu Russland und Putin im Gegensatz zum europapolitischen Mainstream befindet, internationale Bedenken gegen die neue österreichische Regierung hervor. Der ÖVP-Vorsitzende Kurz ist aufgrund dieser internationalen Skepsis jedoch sehr darum bemüht, die Bedenken hinsichtlich des Europakurses der neuen Regierung in Wien zu zerstreuen. In Zeitungsinterviews im europäischen Ausland kündigte er an, dass seine Regierung proeuropäisch ausgerichtet sein werde. Ein deutliches Zeichen setzte er während der Verhandlungen auch mit der kurzfristigen Beteiligung an der „verstärkten Zusammenarbeit“ im Bereich der Verteidigung, das angesichts des polarisierenden Themas „Neutralität“ in Österreich umso mehr als europafreundlich gelten muss.

Solch starke Zeichen sind auch erforderlich, um bestehende Vorbehalte auszuräumen und das Vertrauen in Europa wieder zu stärken. Europa schaut bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ genauer hin. Dies belegen auch die Äußerungen des EU-Kommissionspräsidenten Juncker, der eine europafreundliche Regierung gefordert und sich damit überraschend deutlich zu einer innerstaatlichen Koalitionsbildung geäußert hat. Auch wenn sich die FPÖ gerade staatstragend gibt, muss ihrerseits auch weiterhin mit Provokationen gerechnet werden. Andererseits gibt es aber auch Vorbehalte gegen den ÖVP-Vorsitzenden Kurz, dessen Nähe zum ungarischen Premierminister Orbán und dessen Distanz zur deutschen Bundeskanzlerin Merkel zu einer gewissen Unsicherheit über die Position der ÖVP und des zukünftigen Bundeskanzlers Österreichs geführt hat. Deshalb bleibt die entscheidende Frage, ob sich die neue österreichische Bundesregierung der Visegrád-Gruppe annähern (oder unwahrscheinlicher Weise sogar anschließen) wird, ob sie im Bündnis mit den westeuropäischen Staaten bleibt oder wie eine eventuelle Brückenfunktion zwischen Ost und West aussehen könnte.

In den Koalitionsverhandlungen ist derzeit noch die Frage nach einer Verstärkung direktdemokratischer Entscheidungen offen. Die FPÖ fordert eine massive Ausweitung und orientiert sich dabei am Beispiel der Schweiz. Dort zeigt sich aber, dass gerade dieses Instrument auch genutzt wird, um rechtspopulistisch gegen Minderheiten, gegen Zuwanderung, gegen Europa und gegen internationale Verträge zu agieren. Eine Einigung der neuen Koalition in dieser Frage könnte also durchaus negative Auswirkungen auf die europapolitische Position des Landes haben.

Der vierte Teil wirft einen **Ausblick auf die EU-Ratspräsidentschaft**, die Österreich im zweiten Halbjahr 2018 zum dritten Mal nach 1996 und 2006 innehaben wird. Da die Vorbereitungen schon lange laufen, betreffen mögliche Bedenken hinsichtlich der österreichischen Präsidentschaft weniger die technische Durchführung als vielmehr das Auftreten der Minister. Zudem sind zahlreiche inhaltliche Schwerpunkte bereits durch die Verabredungen der „Trio-Ratspräsidentschaft“ mit Estland und Bulgarien vorgegeben. Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft bilden die Vorbereitungen des Ausscheidens des Vereinigten Königreichs aus der EU am 29. März 2019, mögliche Reformen der Europäischen Union und der Eurozone, deren Diskussion rechtzeitig im Vorfeld der Europawahlen 2019 abgeschlossen werden müssen, sowie die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU für den Zeitraum nach 2020, mit dem nicht nur die großen Fragen von Kohäsion und Landwirtschaft verbunden sind, sondern auch eine mögliche Bindung von Finanzausgaben an das Kriterium der Rechtsstaatlichkeit.

Zwar kann die EU-Ratspräsidentschaft diese Herausforderungen nicht vollständig lösen, aber es stellt sich die Frage, ob sie einen Teil der Lösung oder einen Teil des Problems darstellt. Dies gilt insbesondere für das Thema „Migration“ sowie für die Beziehungen zur Türkei und zu Russland, bei denen Österreich als Ganzes oder Teile der neuen Bundesregierung besonders pointierte Positionen vertreten. Österreich sieht sich seit jeher in der Funktion einer Brücke zwischen Ost

und West. In der aktuellen Situation der EU ist diese Rolle wichtiger denn je. Österreich muss jedoch wissen, auf welcher Seite es selbst seine Verankerung hat. Insofern wird die neue Bundesregierung mit Blick auf den EU-Ratsvorsitz schnell Farbe bekennen müssen.